

BSU
000026

Zur Organisierung feindlicher Aktivitäten und zur Begehung
von Straftaten im Zusammenhang mit Antragstellungen auf
Übersiedlung in nichtsozialistische Staaten

Im Jahre 1976 wurden insgesamt

248 Personen

in Bearbeitung genommen, die im Zusammenhang mit ihrer Antragstellung auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR Straftaten begingen.

Wesentliche Ursache für die starke Zunahme des Anfalls derartiger Straftaten liegt darin, daß der Gegner in Verfolgung seiner aggressiven, entspannungsfeindlichen, revanchistischen und konterrevolutionären Ziele zur Aufweichung, Untergrabung und letztlich Liquidierung des real existierenden Sozialismus in seinem komplexen, planmäßigen und aufeinander abgestimmten Vorgehen gegen die DDR und die mit ihr verbündeten sozialistischen Staaten im Jahre 1976 unter Berücksichtigung der neuen Lagebedingungen seine Bemühungen im erheblichen Maße darauf konzentriert hat, Bürger der DDR zum Verlassen ihres Landes auf der Basis der Antragstellung auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR und Übersiedlung in nichtsozialistische Länder anzustiften, sie damit im Zusammenhang zu feindlichen und anderen rechtswidrigen Aktivitäten aufzuwiegeln sowie diese Antragsteller und die mit ihrem Auftreten verbundenen Vorgänge im Interesse der Schürung von Untergrundtätigkeit, Zersetzung und internationaler Diffamierung der sozialistischen Gesellschaft auszunutzen. Darüber hinaus zielt der Gegner mit diesen Einwirkungen darauf, durch Abwerbung von Bürgern die DDR ökonomisch zu schädigen.

Zu diesem Zweck wurde eine permanente Hetzkampagne organisiert und forciert, in der unter demagogischer Berufung auf völkerrechtliche Abkommen und zum angeblichen Schutz der Menschenrechte durch Verdrehung der tatsächlichen Rechtslage sowie

Kopie BSU
AR 8